

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 27.04.2017

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:28 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender
Manfred Buß

Ratsmitglieder
Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Luise Brandner,
Andreas Bruns, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Martina Esser,
Jörg Even, Michael Fischer, Horst Herckelrath, Martin von Heynitz,
Ralf Hillen, Carsten Hoffmann, Axel Homfeldt, Janto Just,
Kirsten Kaderhandt, Detlef Kasig, Thomas Labeschautzki
Marc Lütjens, Tobias Masemann, Hans Müller, Joachim Müller,
Wolfgang Ottens, Pascal Reents, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters,
Maximilian Striegl, Melanie Sudholz, Andrea Wilbers

Von der Verwaltung nehmen teil:
StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, BOAR Theodor Kramer,
VA Ingrid Eggers

Es fehlt entschuldigt:
Ratsmitglied Ralf Thiesing

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Buß begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Vor Einstieg in die weitere Tagesordnung würdigt RV Buß die langjährige Ratsarbeit des verstorbenen Ratsmitgliedes Horst-Dieter Freygang. Im Anschluss findet eine Gedenkminute statt.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Buß stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil
RV Buß stellt die Tagesordnung - einschließlich der Nachtragstagesordnung vom 20.04.2017 – TOP 17.2 „Aufnahme in die Förderrichtlinie - Investitionspakt Soziale Integration - des Nds. Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung“ fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.2017 - öffentlicher Teil
Die Niederschrift wird genehmigt.
5. Bericht des Bürgermeisters
 - 5.1. Sachstand Hallenbad

Die Abbrucharbeiten am Hallenbad sind abgeschlossen und die Arbeiten für das Gewerk „Betonsanierung“ sind begonnen worden. Außerdem ist die Baustelle so weit vorbereitet, dass das Gewerk „Rohbauarbeiten“ beginnen kann. In dieser Woche richtet die Firma Hofschroer, Lingen, die Baustelle ein und beginnt mit den Arbeiten. Eine Grundsteinlegung ist für Mai vorgesehen.

Bekanntlich hat die Stadt für die energetische Sanierung u. a. einen Zuschuss der Europäischen Union über die NBank in Höhe von 1 Mio. Euro erhalten. Dieser Zuschuss war im Haushaltsplan der Stadt nicht eingeplant.

Die Arbeiten zur Sanierung des Bades liegen sowohl zeitlich als auch finanziell voll im Rahmen.
 - 5.2. Feuerwehr Sillenstede

Die Arbeiten am Neubau der Feuerwehr in Sillenstede sind nach der Grundsteinlegung im Rohbau weitergeführt worden. Die Innenwandkonstruktion ist im Bereich der Garagen bis an die Zimmererarbeiten herangeführt worden. Im Bereich der Aufenthaltsräume sind die konstruktiven Bauteile errichtet und die Betondecke wird vorbereitet.

Das Richtfest dazu ist zeitnah vorgesehen. Auch dieses Vorhaben liegt sowohl finanziell als auch zeitlich voll im Plan.
 - 5.3. Radweg Sillenstede – Sengwarden

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Feuerwehr in Sillenstede im Gewerbegebiet soll der Radweg vom Ortsausgang Sillenstede bis zur Einmündung in die Straße in das Gewerbegebiet erstellt werden, um diese Strecke insbesondere für die Jungen und Mädchen der Jugendfeuerwehr sicherer zu machen.

Der Antrag auf sofortige Vollziehung der Planfeststellung für diesen Teilabschnitt wurde am 31.03.2017 genehmigt. Jetzt sollen die Grunderwerbsverhandlungen durchgeführt und mit dem Bau schnellstmöglich begonnen werden. Entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 120.000,00 € hat der Rat hierfür zur Verfügung gestellt.

5.4. Wohnanlage „Grön Winkel“

In der vergangenen Woche ist die neben dem Rathaus gelegene Wohnanlage „Grön Winkel“ zwangsversteigert worden. Die neuen Eigentümer wollen kurzfristig auf die Stadt zukommen und ihre Planungsabsichten erläutern.

Es ist davon auszugehen, dass im Rahmen des rechtsgültigen Bebauungsplanes ein Mehrfamilienhaus entstehen soll. Grundsätzlich ist – darüber bestand im Verwaltungsausschuss Einigkeit - die Stadt auch bereit, über das angrenzende städtische Grundstück mit den neuen Eigentümern zu sprechen.

5.5. Schmutzwasseranschluss „Siedlung und ehemaliger Flugplatz Upjever“

Seit vielen Jahren ist sowohl die Siedlung in Upjever als auch der dortige Bundeswehrstandort an die Kanalisation der Stadt Jever angeschlossen mit der Folge, dass u. a. die Höhe der Schmutzwassergebühr sich nach den rechtlichen Bestimmungen unserer Nachbarstadt regelt.

Nachdem der neue Eigentümer der Wohnsiedlung vertragsgemäß eine vollständige Sanierung der Kanalisation vorgenommen hat, wird die Stadt Schortens die Siedlung und auch die Flächen der Bundeswehr, die sich auf dem Gebiet der Stadt Schortens befinden, an ihr Kanalnetz anschließen.

Haushaltsmittel in Höhe von 880.000,00 € hat der Rat nach vorangegangener Beratung im Betriebsausschuss Stadtentwässerung dafür zur Verfügung gestellt. Die Ausschreibung der Maßnahme wird jetzt durchgeführt und mit den Bauarbeiten kann voraussichtlich im zweiten Halbjahr begonnen werden.

Die Schmutzwassermenge der Stadt Schortens wird sich dann von derzeit 1.120.000 m³ um ca. 60.000 m³ auf 1.180.000 m³ erhöhen. Das ist gut für alle Gebührenzahler/-innen in Schortens und speziell für diejenigen in Upjever, denn derzeit beträgt die Schmutzwassergebühr in Schortens 2,48 €/m³ und in Jever 2,93/m³.

5.6. Sozialer Wohnungsbau

Das neue Mehrfamilienhaus mit 18 Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft Friesland im Wohnpark auf dem von der Stadt Schortens eingebrachten Grundstück wächst sichtbar. Hier ist am kommenden Donnerstag das Richtfest vorgesehen. Ende des Jahres soll der Bau vollendet sein.

5.7. Partnerschaftsbegegnungen

Anlässlich des „Schortenser Klinkerzaubers“ vom 23. bis 26.06.2017 haben Ratsdelegationen aus den Partnerstädten aus Ungarn und Polen ihre Teilnahme zugesagt. Die Begegnung wird bereichert durch die Teilnahme einer Tanzgruppe aus der Partnerstadt Pieszyce/Polen am „Klinkerzauber“ sowie zusätzlich einer Bilderausstellung einer Künstlerin aus der Partnerstadt Nagybjom/Ungarn im Bürgerhaus.

5.8. Bauanträge

Seit der letzten Ratssitzung sind insgesamt 33 Bauanträge im Stadtgebiet gestellt worden, davon 19 für Wohnhäuser.

Die Stadt selber hat die erforderlichen Bauanträge für die in der letzten Ratssitzung beschlossenen Maßnahmen am Bildungsstandort Glarum, d. h. für den Umbau und die Erweiterung der Grundschule Glarum, den Neubau der Sporthalle und den Neubau der Krippe sowie den Anbau einer Mensa und eines Bewegungsraumes für den Kindergarten Glarum, eingereicht.

5.9. Zu den vorhandenen Neubaugebieten teilt BM Böhling mit, dass im Bebauungsplangebiet „Accum/Goethestraße“ von den insgesamt 22 Grundstücken bereits 18 verkauft sind.

Im Baugebiet „Brauerriesen am Freibad/Süd“ sind von den 18 angebotenen Grundstücken 15 veräußert worden.

Im Baugebiet „Waldstraße“ sind von den 18 Einfamilienhausgrundstücken 15 veräußert und bebaut worden.

Daraus ist zu entnehmen, dass großer Bedarf an Wohnbauflächen für Einfamilienhäuser besteht.

6. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

7. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines nachrückenden Ratsmitgliedes **SV-Nr. 16//0196**

BM Böhling nimmt die gem. § 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vorgeschriebene Belehrung über die den Ratsmitgliedern obliegenden Pflichten nach § 40 (Amtsverschwiegenheit), § 41 (Mitwirkungsverbot) und § 42 (Vertretungsverbot) vor und verpflichtet RM Brandner gemäß § 60 NKomVG.

8. Ausschussbesetzung durch die CDU-Fraktion **SV-Nr. 16//0200**

Aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion vom 04.04.2017 werden folgende Neubesetzungen der Fachausschüsse und Gremien vorgenommen und so vom Rat festgestellt:

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Vorsitzender: RM Bruns (statt bisher RM Freygang)
Mitglied: RM Striegl (statt bisher RM Freygang)
stv. Mitglied: RM Even (statt bisher RM Striegl)

Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur & Tourismus

Mitglied: RM Brandner (statt bisher RM Striegl)
stv. Mitglied: RM Striegl (statt bisher RM Freygang)

Ausschuss für Schule, Jugend & Sport

stv. Mitglied: RM Brandner (statt bisher RM Homfeldt)

Betriebsausschuss Stadtentwässerung:

Mitglied: RM Thiesing (statt bisher RM Freygang)
Stv. Mitglied: RM Hoffmann (statt bisher RM Thiesing)

Verwaltungsausschuss:

stv. Beigeordneter: RM Hoffmann (statt bisher RM Freygang)

AöR Baubetriebshof:

Stv. Mitglied: RM Thiesing (statt bisher RM Freygang)

Gründerzentrum GmbH i.A.:

Mitglied: RM Bruns (statt bisher RM Freygang)
Stv. Mitglied: RM Bastrop (statt bisher RM Bruns)

De Spieker:

Stv. Mitglied: RM Brandner (statt bisher RM Freygang)

9. Mehr Unterstützung für die Polizeiarbeit in Schortens und Friesland, Antrag der CDU-Fraktion auf Resolution

RM Homfeldt erklärt, dass es Ziel der Resolution sein soll, die Polizeiarbeit in der gesamten Region - insbesondere im Bereich des Polizeikommissariats Jever - nachhaltig zu stärken. Die CDU-Fraktion hat sich seit eineinhalb Jahren mit diesem Thema auseinandergesetzt und sich in mindestens sechs verschiedenen Veranstaltungen erklären lassen, wie die Polizeiarbeit funktioniert bzw. manchmal auch nur unter größten Mühen funktionieren kann. In Gesprächen mit von Kriminalität betroffenen Bürger/-innen aus Schortens und auch aus dem Umfeld der Polizei wurde der CDU-Fraktion gegenüber der Wunsch nach mehr Unterstützung geäußert.

Die CDU-Fraktion hat in der Resolution bewusst auf die Veröffentlichung von Statistiken verzichtet, da über die Entwicklung der „Einbruchdiebstähle“ und der „Drogenkriminalität“ in den letzten Monaten immer wieder in den Zeitungen berichtet wurde. RM Homfeldt weist darauf hin, dass die Zahl der Einbruchdiebstähle leicht zugenommen hat. Jedoch habe man auch lesen können – und das gehöre zur Wahrheit dazu -, dass es dem Bereich Friesland noch relativ gut gehe.

Der CDU-Fraktion reiche es jedoch nicht aus, sich darauf zurückzuziehen, dass es woanders noch schlimmer sei. Aufgrund der erwähnten Gespräche mit Bürger/-innen und Vertretern der Polizei hält die CDU-Fraktion eine Unterstützung der Polizeibeamtinnen und -beamten in der Region für zwingend erforderlich. Und dies, so RM Homfeldt, habe auch was mit der Personalstärke und der bestehenden großen Belastung durch die hohen Fallzahlen zu tun, die viel Schreibtischarbeit erfordern, was zu Lasten der geforderten Präsenz gehe. Auch sei zu berücksichtigen, dass sich die Aufgaben der Polizei verändert haben. All das führe zu einer überhöhten Belastung, der man Rechnung tragen müsse.

Die CDU-Fraktion möchte mit der Resolution signalisieren, dass die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und die Belastung der Polizeiarbeit in der Region wahrgenommen werden. RM Homfeldt bittet die Ratsmitglieder, diese Resolution zu unterstützen, mit der die Landesregierung aufgefordert werden soll, diesen Zustand zeitnah zu ändern.

RM Borkenstein unterstreicht, dass er - und sicherlich auch alle anderen Ratsmitglieder - das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nehmen. Das meiste der Ausführungen des RM Homfeldt kann er unterstützen.

Weiter führt er aus, dass auch die SPD-FDP-Gruppe mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt hat und er bestätigt, dass in der Region Bedarf besteht, dass eine oder andere zum Positiven hin für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verändern.

Der Resolutionsentwurf habe jedoch erstmalig vor drei Tagen vorgelegen, so dass sich seine Gruppe erst in der Gruppensitzung am Montag damit befassen konnte. Da seine Gruppe Änderungswünsche hat, hat er Herrn Homfeldt heute Morgen darum gebeten, den Tagesordnungspunkt bis zur Ratssitzung im Juni zu vertagen, um bis dahin einen gemeinsamen Konsens zu finden.

RM Borkenstein betont, auch die SPD-FDP-Gruppe es für wichtig hält, dieses Signal zu setzen, jedoch sollte dies nicht übereilt und mit großer Mehrheit gesetzt werden. Er bittet daher um Verständnis, dass die SPD-FDP-Gruppe der Resolution heute nicht zustimmen wird.

RM Herckelrath teilt mit, dass die UWG-Fraktion den Resolutionsantrag der CDU-Fraktion unterstützt.

Zur Begründung geht er näher auf die derzeitige Situation und Belastung der Polizei ein. Dem Polizeikommissariat Jever stehen für 55.000 Einwohner/-innen 80 Mitarbeiter/-innen zur Verfügung. Die Stadt Schortens mit ihren 12 Stadtteilen und mehr als 20.500 Einwohnern/Einwohnerinnen ist die größte Stadt im Polizeikommissariat Jever. Es stehen aber nur acht Mitarbeiter für die Polizeidienststelle in Schortens zur Verfügung. Das sind gerade einmal 10 % der Gesamtstärke des Polizeikommissariats Jever. Vor sechs bis zehn Jahren bestand die personelle Besetzung in Schortens noch aus 12 Mitarbeitern.

Aufgrund der Personalreduzierung wurde seinerzeit das Aufgabenfeld eingeschränkt und Teilgebiete wurden von Jever übernommen. Er weist darauf hin, dass das damals bestehende Aufgabengebiet der Polizei inzwischen deutlich umfangreicher geworden ist, u. a. auch durch Cyber-Kriminalität in vielfältigen Formen sowie Rockerkriminalität und Islamismus.

Die Polizeianwärterzahlen seien im letzten Jahr in Niedersachsen zwar erhöht worden, aufgrund der dreijährigen Ausbildungszeit würden die Beamten jedoch erst in drei Jahren zur Verfügung stehen. Dennoch reiche die Gesamtzahl der zusätzlichen Einstellungen in Niedersachsen bei Weitem nicht aus. In diesem Zusammenhang geht RM Herckelrath näher auf die Problematik bei längeren personelle Ausfallzeiten – u. a. durch Krankheit, Schwangerschaften, Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter oder Mütter - ein, durch die für das verbleibende Personal aufgrund des fehlenden Personalausgleichs eine erhöhte Belastung entsteht. Ausführlich erläutert RM Herckelrath die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten der Polizeibeamten in Schortens. Er unterstreicht, dass es den Mitarbeitern aufgrund des bestehenden Arbeitsumfanges und der damit einhergehenden Belastung nicht möglich ist, weitere Dienste wie etwa die so wichtige bürgernahe Präsenz durch Fußstreifen oder Präventionstätigkeiten allgemeiner Art wahrzunehmen. Allein aus diesen Gründen befürwortet die UWG-Fraktion uneingeschränkt den Resolutionsantrag der CDU.

RM Ottens erklärt, dass sich die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ einer Resolution zu diesem Thema nicht anschließen kann, da sie diese als Symbolpolitik betrachtet, weil kein Einfluss auf die Landesregierung besteht.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Kriminalstatistik und die gestrigen Zeitungsberichte, wonach die Stadt Wilhelmshaven bezogen auf 100.000 Einwohner/-innen den Platz 1 der Gewaltverbrechenstädte belegt. Er würde es als richtig empfinden, wenn diese Stadt mehr Polizeipräsenz einfordern würde. Bei einem Vergleich der Kriminalstatistiken für die Stadt Wilhelmshaven und für das Jeverland könne man – bei allem Respekt vor den besorgten Bürger/-innen – sagen, dass man in Schortens noch ein Stück auf der Insel der Glückseeligen lebt. Von daher stellt die Resolution nach Ansicht seiner Fraktion nicht mehr als Symbolpolitik und vorweggenommenen Landtagswahlkampf dar, den sie nicht unterstützen wird.

RM Just erklärt, dass die WFF-Fraktion die Sache ebenfalls noch einmal in Ruhe besprechen möchte und daher den Vorschlag der SPD-FDP-Gruppe unterstützt.

Nach Ansicht der WFF-Fraktion ist der Resolutionsentwurf der CDU zu allgemein gehalten, da Fakten – wie von RM Herckelrath vorgetragen – fehlen und herüber erstmals in der heutigen Sitzung beraten wird.

Aufgrund der vorangegangenen Ausführungen ist RM Just der Ansicht, dass man sich durchaus mit der Arbeit der Polizei, aber auch mit anderen konkreten Baustellen wie „Prävention Drogenkriminalität“, „Prävention Einbruchdiebstahl“ sowie „Gewaltkriminalität vor Diskotheken“, die durch Polizeipräsenz vermutlich reduziert werden könnte, befassen sollte. Daraus könne man dann konkrete Schlüsse ziehen, Forderungen aufstellen und möglicherweise auch eine Resolution verfassen.

Da die Zahl der Einbruchdiebstähle und der Anstieg der Drogenkriminalität hier in Friesland jedoch verhältnismäßig gering sind und sich die Kriminalitätsrate auf dem niedrigsten Stand seit neun Jahren befindet, stimmt er RM Ottens zu, dass man in Schortens in einer der sichersten Orte in Deutschland lebt. Hierzu geht er ausführlich auf die Kriminalitätsrate ein, die in Schortens mit 4,9 % unter dem Bundes- und Landeschnitt liegt.

RM Just teilt abschließend mit, dass sich der Rat mit dieser Materie nicht vorbereitend beschäftigen konnte und seine Fraktion die Resolution ablehnen muss, da der Rat nur etwas einfordern sollte, worüber alle Ratsmitglieder informiert wurden.

Von einer „Insel der Glückseligen“ zu sprechen hält **RM Homfeldt** für einen Affront all denjenigen gegenüber, die sich nachts und abends nicht mehr allein über die Straße zu laufen trauen und die Opfer von Kriminalität geworden sind. Er bestätigt, dass der Rat nicht über die personelle Besetzung der Polizei entscheiden kann, jedoch könne er deutlich machen, dass er mit der derzeitigen Situation nicht einverstanden sei.

Zum Redebeitrag des RM Borkenstein bemerkt RM Homfeldt, dass die Unterlagen seit vergangenen Freitag zur Verfügung standen und der SPD-FDP-Gruppe ein gemeinsamer Gesprächstermin am heutigen Nachmittag angeboten wurde. Zudem werde über dieses Thema seit eineinhalb Jahren gesprochen und irgendwann, so RM Homfeldt, müsse man vom Reden zum Tun und Machen kommen, weil die Bürgerinnen und Bürger die Ratsmitglieder sonst irgendwann zu Recht nicht mehr ernst nehmen würden. Und die Beamtinnen und Beamten bräuchten diese Unterstützung, um ihren wirklich schweren Job machen zu können. Daher möchte die CDU-Fraktion heute darüber abstimmen.

BM Böhling teilt mit, dass er sich sowohl beim Neujahrsempfang als auch in dem traditionell am Anfang eines Jahres stattfindenden Gespräch mit dem Leiter des Polizeikommissariats Jever und dem Leiter der Polizeistation Schortens ausdrücklich für die gute Polizeiarbeit bedankt hat. In dem Gespräch mit der Polizei hat BM Böhling u. a. erfahren, dass die Polizeistation Schortens entsprechend der Richtlinie des Landes ausgestattet ist und der Krankenstand vor Jahren wesentlich höher war als heute. Gleichwohl sei es aber natürlich besser, wenn die Station personell noch besser ausgestattet wäre, jedoch müsste dies dann im gesamten Land geschehen.

Daher hat er Zweifel, dass diese Forderung so umsetzbar ist, zumal die Anzahl der Ausbildungen – wie von RM Herckelrath berichtet – zugenommen hat.

Aufgrund des bestehenden Sicherheitsbedürfnisses der Bürgerinnen und Bürger und um den Wunsch nach mehr Polizeipräsenz hier im Ort zu entsprechen, werden ab dem Monat Mai gemeinsame Streifen zwischen uniformierten Polizisten und dem Ordnungsamt durchgeführt. Zunächst zwei Mal im Monat, aber auch nach Bedarf.

BM Böhling berichtet über den diesjährigen „Sicherheitstag“, an dem der Polizeichef, die Leiter/-innen der Polizeistationen, die Bürgermeister/-innen und der Landrat teilgenommen haben. In diesem jährlichen Termin wird u. a. der Verlauf der Kriminalstatistik dargestellt und BM Böhling kann nur unterstreichen, dass diese in Friesland sehr niedrig und damit sehr gut ist. Dabei dürfe man nicht verkennen, so BM Böhling, dass jede einzelne Straftat eines Täters gesondert aufgelistet wird. Die Aufklärungsquote in Friesland sei darüber hinaus insgesamt sehr hoch und man könne stolz sein auf die Polizei.

BM Böhling sieht eine Resolution vom Grundsatz her kritisch. Er erinnert an die vor Jahren beschlossene Resolution zur Förderung von Drittkräften in Krippen. Die Verwaltung habe auf diese Resolution seinerzeit keine Antwort - nicht einmal eine Eingangsbestätigung - vom Kultusministerium erhalten. Daran könne man erkennen, wie Resolutionen wahrgenommen werden.

RM Borkenstein erklärt zum Hinweis von RM Homfeldt, dass gemeinsame Beratungen montags in den Gruppensitzungen stattfinden und es der Sache nicht gerecht werden würde, eine Resolution – wie angeboten - gemeinsam mit 20 Personen eine Stunde vor Beginn der Ratssitzung zu ändern, da man dafür Ruhe benötige.

RV Buß lässt anschließend über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei 11 Ja-Stimmen abgelehnt.

10. Benennung eines (stv.) Mitarbeitervertreters für den Verwaltungsrat der AÖR Baubetriebshof **SV-Nr. 16//0161**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Für den Verwaltungsrat der AÖR Baubetriebshof werden als Mitarbeitervertretung folgende Mitglieder bestimmt:

Mitglied: Dieter Hinrichs
Stv. Mitglied: Hartmut Duden

11. Neubenennung eines hinzugewählten stimmberechtigten Mitglieds für die Schulangelegenheiten im "Ausschuss für Schule, Jugend und Sport" **SV-Nr. 16//0160**

Es wird einstimmig festgestellt, dass ab sofort als Lehrervertreterin

Frau Inge von Bredow

stimmberechtigtes, hinzugewähltes Mitglied im Schulausschuss wird.

12. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 21.03.2017

- 12.1. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung **SV-Nr. 16//0178**

Es wird einstimmig nachfolgender Beschluss gefasst:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Schortens wird beschlossen.

13. Vorlage des Ausschusses für Stadtmarketing, Kultur und Tourismus vom 22.03.2017

- 13.1. Überarbeitung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Mühlenensemble Accum **SV-Nr. 16//0170**

Es wird einstimmig nachfolgender Beschluss gefasst:

Die Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Mühlenensemble Accum wird beschlossen.

14. Vorlage des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 29.03.2017

- 14.1. Außerplanmäßige Auszahlung für die Anschaffung eines Notstromaggregates **SV-Nr. 16//0198**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Für die Anschaffung eines Notstromaggregates für das Hauptpumpwerk Heidmühle werden Mittel in Höhe von 65.000 Euro nach § 117 Abs. 1 NKomVG außerplanmäßig bereitgestellt.

15. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 04.04.2017

- 15.1. Bericht zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen **SV-Nr. 16//0207**

StOAR Idel erläutert den Inhalt der Berichtsvorlage.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

15.2. **Überplanmäßiger Aufwand für den Kunstrasenplatz Klosterpark
SV-Nr. 16//0197**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag vor. Die Deckung erfolgt hier durch die Senkung der Kreisumlage von 52 Punkten auf 50,3 Punkte. Diese Mittel waren im Haushalt 2017 noch nicht eingeplant.

RM Just teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird. Er habe sich bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses gegen den vorzeitigen Austausch des Granulates ausgesprochen, da es sich hierbei seiner Ansicht nach um eine überzogene, übertriebene Maßnahme handelt, deren Antragsteller dem Kunstrasenplatz von Beginn an kritisch gegenüberstanden. Diese Ausgabe in Höhe von 60.000,00 € sei nicht notwendig, da eine wirkliche Gefährdung weder feststellbar sei noch von Fachleuten gesehen werde.

Er berichtet, dass der Landkreis zwei Kunstrasenplätze mit demselben Granulat besitzt und die Immissionen dort sogar noch etwas höher sind. Der Kreis löse dieses Problem aber auf vernünftige, sinnvolle Art, indem er das Granulat, welches laufend ausgetauscht wird, gegen ein unbedenkliches ersetzt, wodurch ein Verdünnungseffekt entsteht, was völlig ausreichend sei. Er bedauert es sehr, dass diese Lösung in Schortens keine Anwendung finden soll, denn das Geld hätte an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden können.

Anschließend lässt **RV Buß** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

Für den vorzeitigen Austausch des Granulats auf dem Kunstrasenplatz der Sportanlage Klosterpark werden Mittel in Höhe von 60.000 Euro nach § 117 Abs. 1 NKomVG überplanmäßig bereitgestellt.

Der Beschlussvorschlag wird bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

16. Vorlage des Bäderausschusses vom 04.04.2017

16.1. Antrag der BfB-Fraktion vom 20.09.2016 auf freien Eintritt für das Naturfreibad Heidmühle samt Deckungsvorschlag **AN-Nr: 11/0183**

RM Just begründet den Antrag auf grundsätzlich freien Freibadeintritt für das Naturfreibad. Mit einem verhältnismäßig geringem Aufwand von im Schnitt 15.000,00 € könne man sehr viel für viele Tausend Nutzer/-innen tun. Außerdem erhoffe sich seine Fraktion, dadurch einige Tausend zusätzliche Besucher/-innen für das Freibad gewinnen zu können, insbesondere in den Ferienzeiten durch den Besuch von Schüler/-innen, aber auch von Familien, die ihren Urlaub zu Hause verbringen, weil es ihnen nicht möglich ist, zu verreisen.

Die WFF-Fraktion freut sich darüber, dass sich im Fachausschuss eine Mehrheit dafür ausgesprochen hat, zumindest Kindern und Jugendlichen zukünftig freien Eintritt zu ermöglichen. Dennoch spricht sich die WFF-Fraktion nach wie vor dafür aus, allen Nutzer/-innen, also auch den Erwachsenen, freien Eintritt zu gewähren. Die während der Vorberatung geäußerten Bedenken hinsichtlich Vandalismus bei Gewährung eines grundsätzlichen freien Eintritts hält RM Just für unbegründet.

Er unterstreicht, dass durch den Verzicht auf Eintrittsgelder auch die Gastronomie profitieren wird, die es aufgrund der nur drei Monate andauernden Saison und der Wetterabhängigkeit sehr schwer hat.

Die SPD-FDP-Gruppe hält es für unangemessen, Erwachsenen freien Eintritt zu gewähren, da das Freibad sehr gut aufgestellt ist. Schortens bemühe sich, so **RM Borkenstein**, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein bzw. zu werden und aus Sicht seiner Gruppe befindet man sich auf einem sehr guten Weg. Man könne also sagen, dass Kinder die Chance haben, sich von der Krippe bis zum Schulabschluss in Schortens wohlfühlen.

Die SPD-FDP-Gruppe hält es für wichtig, die Freizeitangebote attraktiver zu gestalten und hat daher im Fachausschuss beantragt, Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren eine kostenlose Nutzung des Freibades anzubieten.

RM Bastrop erklärt, dass die CDU-Fraktion dieser Sache etwas bedenklicher gegenübersteht. Ihre Fraktion sei nach wie vor der Meinung, dass hiermit ein zu hoher bürokratischer Aufwand verbunden ist, weil Kinder und Jugendliche ab 10 Jahren zumindest ihren Schülerschein zum Nachweis ständig dabei haben müssen und zusätzlich auch Kontrollen durchzuführen wären, die einen weiteren Aufwand erfordern. Ihre Fraktion stellt in Frage, ob es sich hierbei um eine glückliche Lösung handelt.

Sie gibt zu bedenken, dass der Landkreis Friesland in der Haushaltsgenehmigung die Reduzierung der freiwilligen Leistungen gefordert hat und es sich bei der Gewährung des freien Eintritts um eine zusätzliche freiwillige Leistung handelt.

RM Bastrop weist darauf hin, dass die Gebühren für das Freibad gerade erst im letzten Jahr nach einer heißen Diskussion erhöht wurden. Seinerzeit habe man die Erhöhung für richtig empfunden und auf einmal sei alles nur Makulatur. Nach Ansicht ihrer Fraktion sollte es bei den Eintrittspreisen verbleiben und zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden.

RM Herckelrath ist der Ansicht, dass den Besucher/-innen im Freibad eine ganze Menge geboten wird und der Eintrittspreis in Höhe von 1,00 € für Kinder und 2,00 € für Erwachsene durchaus gerechtfertigt ist.

RM Sudholz erklärt, dass Kinder und Jugendliche ins Freibad gehen, wenn sie sich dort – auch ohne Eltern - sicher fühlen und das Bad attraktiv ist. Dies sei jedoch unabhängig von einem Eintrittspreis. Man müsse sich also grundsätzlich Gedanken machen, wie etwas für Kinder und Jugendliche attraktiv und nachhaltig gestaltet werden könne. Der vorliegende Vorschlag sei für sie weder nachhaltig noch gut oder förderlich.

RM Borkenstein unterstreicht, dass durch den freien Eintritt auch den Kindern und Jugendlichen ein Besuch im Freibad ermöglicht werden soll, deren Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügen und die ihre Ferien zu Hause verbringen.

RM Ottens teilt mit, dass sich die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ auch mit dem Antrag der WFF-Fraktion, grundsätzlich freien Eintritt in das Freibad zu gewähren, durchaus anfreunden könnte. Daher unterstützt seine Fraktion auch den Kompromissvorschlag der SPD-FDP-Gruppe, zumindest den Kindern und Jugendlichen freien Eintritt zu ermöglichen. Mit dem freien Eintritt ins Freibad könnte zudem die Ferienpassaktion ergänzt bzw. vielleicht auch noch eine Lücke in dem Angebot geschlossen werden.

RM Brandner bemerkt zum Redebeitrag des RM Borkenstein, dass Kinder, deren Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügen, über den „Pferdestall“ im Rahmen von Ausflügen regelmäßig kostenlos das Freibad besuchen können und die Stadt damit ein Angebot für diese Kinder bereithält. Sie ist der Ansicht, dass sowohl die Stadt als auch der Rat durch die ständige Änderung der Eintrittspreise für das Freibad ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Sie hält es für sinnvoll, zunächst ein Konzept dafür zu erstellen, wie das Freibad zukünftig aussehen soll, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden.

RM Just merkt zu den Ausführungen der RM Brandner an, dass auch die Mitarbeiter/-innen des „Pferdestalls“ in den letzten Jahren den Antrag auf freien Freibadeintritt befürwortet haben.

RM Homfeldt betont, dass es hier – wie bereits von RM Brandner erwähnt - um Glaubwürdigkeit und konzeptionelles Denken und Arbeiten in dieser Stadt geht. Er unterstreicht, dass während der Haushaltsberatungen regelmäßig über die vom Landkreis geforderte und auch erforderliche Kürzung der freiwilligen Leistungen beraten wird. Daher sei es unglaublich, auf Eintrittsgelder zu verzichten, da damit eine weitere freiwillige Leistung erbracht werde.

RV Buß lässt über den Antrag des RM Just auf freien Eintritt für das Naturfreibad Heidmühle samt Deckungsvorschlag abstimmen.

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag:

Ab der Freibadsaison 2017 wird Kindern von 0 - 10 Jahren und Kindern von 10 - 18 Jahren unter Vorlage ihres Schülerscheines freier Eintritt in das Naturfreibad gewährt.

Der Beschlussvorschlag wird bei 11 Gegenstimmen beschlossen.

17. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 25.04.2017

- 17.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2017, hier: Änderung Stellenplan **SV-Nr. 16//0218**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die dem Originalprotokoll im Original beigegefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 wird beschlossen.

- 17.2. Aufnahme in die Förderrichtlinie „Investitionspakt Soziale Integration“ des Nds. Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung **SV-Nr. 16//0233**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Es ist für die Einzelmaßnahme Umgestaltung Bürgerhaus ein Antrag bei der N-Bank auf Städtebaufördermittel aus dem Städtebauförderprogramm des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum Programm „Investitionspakt Soziale Integration“ zu stellen.

Die Stadt Schortens übernimmt den Eigenanteil in Höhe von 10 Prozent, nach jetziger Kostenberechnung, höchstens jedoch bis zu einer Höhe von 383.145,00 €.

18. Anfragen und Anregungen:

- 18.1. **RM Schwitters** bittet darum, den Ratsmitgliedern in künftigen Sitzungen wieder Handmikrofone zur Verfügung zu stellen.